



Zukunft der Laufbahngruppe 1.2
(mittlerer Justizdienst)

Ehrung verdienter Mitglieder
in Düsseldorf

Landesvorstand im Gespräch

aktuelle
Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband NRW
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion



DJG

Aus dem Inhalt	Seite
Leserbrief	2
Belastungsquoten	3
Muster Überlastungsanzeige	4
70 Jahre DJG NRW / BZG Minden	5
Zukunft mittlerer Justizdienst 1.2	6
Gespräch mit JM und Staatssekretär NRW	7
Vorstand im Landtag / Entgeltordnung	8
Ehrungen	9
Wahlen SBV 2018	10
Landesarbeitsgerichtspräsidentin	11
AGJ bei FDP-Landtagsfraktion	11
Generalstaatsanwältin Hamm	12
Generalstaatsanwalt Düsseldorf	12
Team Jugend / Kleve on Tour	13
Wachtmeisterdienst	14
Trauertafel	14
Termine und Schulungen im AZK	15
Beitrittserklärung mit Vorteilswelt	16

Impressum

Herausgeber: Deutsche Justiz-Gewerkschaft
 Werdener Straße 1 (AG) 40227 Düsseldorf
 Telefon 0211 / 83 06 43 100
 E-Mail: geschaeftsstelle@djg-nrw.de

Redaktion:

Klaus Plattes, Ursula Winkelmann,
 Karen Altmann, Heidi Hegewald,
 Marko David, Matthias Peterkord, Volker Fritz
 Fotos: Winkelmann

Die Beiträge, die mit Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar. Die Redaktion behält sich vor, Berichte aus Platzgründen zu kürzen ohne den Inhalt dabei zu verzerren. Presseveröffentlichungen, Zeitungsbeiträge, Leserbriefe usw. bitte an obige Anschrift.

Redaktionsschluss
 für die nächste Ausgabe:
 20. Juli 2018

Leserbrief

Nachdem ich die Titelseite der letzten Ausgabe „akzente“ 2 / 2017 und den Artikel „Die stille Truppe“ – Ein Einblick zur Wahrnehmung der Bewährungshilfe gelesen habe, ist es mir ein Bedürfnis, meine Gedanken zu Papier zu bringen.

Ich bin sprachlos ob der Ignoranz, dass selbst im 10. Jahr der Strukturreform zum ambulanten Sozialen Dienst der Justiz NRW diesem Umstand noch nicht einmal bei der Wortwahl Rechnung getragen wird.

Wenn der Bundesvorsitzende Emanuel Schmidt, selbst Fachkraft des aSD, in seinem Artikel von Bewährungshilfe spricht, macht mich diese Ignoranz wütend.

Der ambulante Soziale Dienst der Justiz NRW ist mit seinen drei Fachbereichen – Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe – ein fachlich und inhaltlich breit aufgestellter Dienst. Die Negierung von Fachbereichen kommt meiner Auffassung einem Verkennen der Zeichen der Zeit gleich.

Wertschätzender und kollegialer Umgang ist für mich u.a. geprägt von Anerkennung der jeweiligen Fachlichkeit mit gleicher Priorität.

Bei Ihrem Artikel, Emanuel Schmidt, habe ich genau das vermisst.

Birgit Seidel



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich hoffe Ihnen geht es gut. In diesen Tagen lese oder höre ich bei unterschiedlichen Anlässen, dass die

Belastungsquoten bzw. die Erledigungszahlen im Geschäftsbereich erfreulich gut sind. Dies jedenfalls nach Einschätzung der jeweiligen Behördenleitungen.

Dies mag auf den ersten Blick auch zutreffen und ist sicherlich ein Indiz dafür, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Ihrem Einsatz dafür Sorge tragen, dass die Statistik stimmt. Schaut man näher hin, fällt auf, dass die Personaldecke in den Gerichten und Staatsanwaltschaften immer dünner wird. Dies hat zur Folge, dass immer weniger Personal, gerade auf den Geschäftsstellen, immer mehr Arbeitsbelastung zu bewältigen hat. Im Übrigen eine Entwicklung, die wir bereits seit Jahren anprangern. Die Zahl der Langzeit-Erkrankungen nimmt immer mehr zu. Insgesamt stieg die Krankenstandsquote von 6,7 im Jahre 2014 auf 7,1 im Jahre 2016. Das Bemühen in den Behörden, im Rahmen des Gesundheitsmanagements entsprechende Angebote der Belegschaft anzubieten, ist sicherlich zu begrüßen. Was aber zu

einer deutlichen Entspannung der Arbeitsbelastung und der damit einher gehenden Entlastung der körperlichen Beanspruchung führen könnte, wären neue Mitarbeiter. Ein fataler Fehler aus der zurückliegenden Zeit. Wir vernehmen nunmehr erste Schritte der neuen Landesregierung zur Findung von neuem Personal. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unseren Artikel in der heutigen Ausgabe. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind bemüht, das Ihnen zugewiesene Arbeitspensum zu bewältigen und dennoch stehen Sie immer häufiger vor einer unlösbaren Aufgabe. Wir sind der Auffassung, dass hier die jeweilige Behördenleitung gefordert ist, Ihnen eine gewisse Rückendeckung bei Nachfragen von Anwälten oder Publikum zu geben. Auch wir möchten Sie ein Stück weit unterstützen und haben in dieser Ausgabe eine Muster-Überlastungsanzeige für Sie abgedruckt. Aus unserer Sicht kann sie sehr hilfreich für Sie sein, um Ihre Situation auf der Geschäftsstelle der Behördenleitung, dann auch schriftlich mitzuteilen.

Ihr
Klaus Plattes
Landesvorsitzender

Überlastungsanzeige

(Name, Vorname, Dienstbezeichnung)(Datum)

An den

Präsidenten des Amtsgerichts XXXX

Über den/die Dienstvorgesetzte/n

Herrn/Frau _____

- im Hause -

Sowie zur weiteren Kenntnis an:

Personalrat

Frauenbeauftragte

Schwerbehindertenvertretung

Sehr geehrter Herr — ,

die nachfolgend beschriebene Überlastung in meiner Tätigkeit zeige ich Ihnen an, um negative Folgen für die Dienststelle und mein Arbeits-/Dienstverhältnis zu vermeiden.

Ich weise nachdrücklich darauf hin, dass mögliche Fehler oder Mängel in meiner Tätigkeit aus der unten geschilderten Überlastung resultieren und wegen des/r nicht von mir zu verantwortenden nachstehenden Grundes/Gründe auch insgesamt nicht von mir zu verantworten sind.

Sowohl eventuelle Ansprüche auf Regress von Seiten Dritter als auch arbeits- bzw. dienstrechtliche Sanktionsmaßnahmen weise ich vorsorglich zurück.

Ausgeübte Tätigkeit/Dienstposten: _____

Überlastungsmerkmale: _____

Anlass/Grund (evtl. mehrere): _____

Folgen dienstlich (z. B. längere Bearbeitungsdauer, Beschwerden, Fristversäumnungen, Regressansprüche etc.): _____

Folgen persönlich (z. B. Erkrankungen, die in Folge AU-Zeiten nicht ausschließen, ohne diese hiermit anzudrohen; Suche nach anderer Tätigkeit in der Dienststelle oder außerhalb):

Empfehlung geeigneter Maßnahmen: _____

Meine Ausführungen werden bestätigt von _____

und belegt durch (Beweise, Dokumente) _____

Ich bitte um baldige geeignete Maßnahmen zur Arbeitsentlastung!

Meine bisherige Tätigkeit möchte ich weiter ausüben.

Ich bitte um Zuweisung einer anderen Tätigkeit entsprechend meines Arbeitsvertrages/Dienstverhältnisses – und habe ein besonderes Interesse an der Tätigkeit im Bereich:

Zur Rücksprache in Anwesenheit eines von mir zu benennenden Personalratsmitgliedes bin ich nach terminlicher Vereinbarung gern bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen (z. B. Beweise, Dokumente usw.)

Versammlung der Bezirksgruppe Minden

Die Bezirksgruppe Minden hat sich am Samstag, den 17.02.2018, morgens um 10.00 Uhr, in einer Bäckerei in Minden zum Frühstücksbuffet getroffen. Thema der Versammlung war „Vorsorge und Pflege“. Als Referentin konnten wir Schwester Andrea Brewitt von der Diakonie Stiftung Salem in Minden begrüßen.

Nach einem einstündigen Frühstück brachte uns Schwester Andrea Brewitt das Thema „Pflege und Vorsorge“ mit den aktuellen Neuerungen nä-

her. Unter anderem wurde die Änderung von drei Pflegestufen in nunmehr fünf Pflegegraden, die Beantragung von Pflegegraden, die Pflegesachleistungen und die Leistungen der Pflegeversicherung ausführlich behandelt. Viele Fragen der Kolleginnen und Kollegen konnten an diesen Vormittag beantwortet werden.

Die Versammlung fand bei allen anwesenden Kolleginnen und Kollegen ein durchweg positives Echo und wurde nach ca. vier Stunden vom Vorsitzenden Holger Winterberg gegen 14.00 Uhr beendet.

Holger Winterberg
DJG-Bezirksgruppe Minden

Vorankündigung

70 Jahre DJG NRW "Gutes bleibt"

24. Gewerkschaftstag der DJG NRW in der Zeit vom 12. Bis 13. September 2018 im dbb forum Königswinter.

Zu dem Gewerkschaftstag werden Delegierte aus dem ganzen NRW sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Behördenleitungen und Gewerkschaften erwartet.

Zukunft der Laufbahngruppe 1.2 (mittlerer Justizdienst)



Das Ministerium der Justiz hat sich dazu entschlossen, wieder einen zweijährigen Vorbereitungsdienst für die Ausbildung zur Laufbahngruppe 1.2 für Schulabgängerinnen und Schulabgänger einzuführen bzw. wieder anzubieten. Das Ministerium der Justiz sieht die Notwendigkeit eines direkten Einstiegs in die Beamtenlaufbahn, um der direkten Konkurrenz zu anderen öffentlichen Arbeitgebern wie etwa der Finanzverwaltung oder aber der Bundespolizei Rechnung zu tragen. Mit dem Konzept des Ministeriums der Justiz wird eine langjährige Forderung der DJG nunmehr umgesetzt, nämlich in der Justizverwaltung wieder zwei Ausbildungen für Schulabgängerinnen und Schulabgänger anzubieten.

Die zur Ausbildung als Justizfachangestellte/r und die Ausbildung zu Justizfachwirtinnen und Justizfachwirten. Diese strategische Neuorientierung ist auch aus unserer Sicht dringend erforderlich und bedarf einer schnellen Umsetzung. Dies vor dem Hintergrund der zu erwartenden Personalabgänge durch Erreichen der Altersgrenze. Eine uns vorliegende Übersicht des Ministeriums der Justiz besagt, dass die Zahl der Personalabgänge durch Erreichen der Altersgrenze in der Laufbahngruppe 1.2 (mittlerer Justizdienst), Beamtinnen und Beamten einschließlich Gerichtsvollzieher/Innen voraussichtlich von 124 im Jahr 2017 auf 338 im Jahr 2024 ansteigt. Hinzu kommt, dass sich die Zahl der Personalabgänge im Tarifbereich vergleichbar der Laufbahngruppe 1.2 in den kommenden Jahren verfünffachen wird. Insgesamt muss daher allein auf dem zu erwartenden Höhepunkt der „Pensionierungswelle“ im Jahr 2024 mit knapp 600 Altersabgängen im Bereich der Laufbahngruppe 1.2 bzw. vergleichbarer Tarifbeschäftigter gerechnet werden.

Eine Entwicklung, die wir bereits seit Jahren den politisch Verantwortlichen bei zahlreichen Gelegenheiten vermittelt haben. Wir sind froh, dass endlich reagiert wird. Die neuesten Bedarfszahlen des Ministeriums der Justiz besagen, dass aufgrund der prognostizierten regulären Altersabgänge in den Jahren 2022 bis 2026 jährlich rund 200 fertig ausgebildete Justizfachwirte benötigt werden, in den Jahren 2027 bis 2031 rund 150.

An dieser Stelle muss der Blick auch auf den Bedarf an Justizfachangestellten gerichtet werden. Dieser steigt nach Informationen aus dem Ministerium der Justiz von 171 im Jahr 2021 auf 300 im Jahr 2026 und weiter auf 385 im Jahr 2031.

Das Konzept des Ministeriums der Justiz sieht vor, dass auch weiterhin geprüften Justizfachangestellten die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung durch einen sechs monatigen verkürzten Vorbereitungsdienst erhalten bleibt.

Als erste Sofortmaßnahme sieht das Konzept die Einstellung externer Bewerberinnen und Bewerber für die Ausbildung zum/zur Justizfachwirt/in auf Probe vor. Hier kommen vor allem Bewerberinnen und Bewerber in Betracht, die bereits eine förderlich (justiznahe) Ausbildung absolviert haben. Etwa Rechtsanwalts- oder Notarfachangestellte, aber auch aus unserer Sicht Kolleginnen und Kollegen, die in der Justizverwaltung nicht weiter beschäftigt werden konnten bzw. keine Stelle zur Verfügung stand. Die Ausbildung des genannten Personenkreises soll zwölf Monate dauern.

Alles in allem beruht das Konzept des Ministeriums der Justiz auf drei Säulen:

Der neuen Ausbildung für Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu Justizfachwirtinnen und Justizfachwirten; Beginn voraussichtlich 2020.

Dem bereits jetzt vorhandenen Zugang für Justizfachangestellte zur verkürzten Ausbildung als Justizfachwirtinnen und Justizfachwirte.

Dem Zugang der verkürzten, einjährigen Ausbildung für externe Bewerberinnen und Bewerber in einem einjährigen Vorbereitungsdienst. Diese Maßnahme könnte bereits in diesem Jahr, spätestens im Frühjahr 2019 umgesetzt werden.

Der Landesvorstand begrüßt die angedachten Maßnahmen des Ministeriums der Justiz. Wir haben dies auch in Stellungnahmen an das Ministerium mitgeteilt.

Denn wir sehen uns mit in der Verantwortung, zum einen zur Unterstützung der tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch zur Sicherstellung der Aufgabenerledigung in der Justizverwaltung in der Zukunft. Deshalb werden wir uns auch weiterhin bei den Planungen zur Umsetzung des Konzepts intensiv mit einbringen. Die ersten Arbeitsgruppensitzungen zu den Überlegungen der Ausbildungsinhalte haben unter Beteiligung von Vertretern der DJG stattgefunden. Hierzu gehören sicherlich auch die Überlegungen zum Personalmarketing. Über die weiteren Entwicklungen werden wir Sie selbstverständlich unterrichten.

Der Landesvorstand im Gespräch mit dem Justizminister und dem Staatssekretär im Düsseldorfer Landtag



V.l.n.r. Peterkord, Uhlworm, Minister Biesenbach, Plattes, Staatssekretär Wedel, David

Das erste gemeinsame Gespräch mit dem Justizminister, Herrn Biesenbach, und dem Staatssekretär, Herrn Wedel, fand im Rahmen der Plenumswoche im Düsseldorfer Landtag statt.

Neben den Genannten nahmen noch Vertreter des Ministeriums der Justiz sowie auf Seiten des Landesvorstandes die Kollegen David, Uhlworm, Peterkord und Plattes an dem Gespräch teil.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde erläuterte der Landesvorsitzende, Kollege Plattes, dem Justizminister zunächst die gewerkschaftliche Organisation der DJG und deren Zielsetzungen. Ein wesentliches Thema ist hierbei die Attraktivität der Justizverwaltung mit Blick auf Neueinstellungen bzw. Ausbildungen bei der Justizverwaltung. Deshalb befürwortet der Landesvorstand die strategischen Überlegungen des Ministeriums der Justiz zu einer Wiedereinführung einer Ausbildung für die Laufbahngruppe 1.2. (mittlerer Justizdienst) mit einem Zugang für Schülerinnen und Schüler.

Die Vertreter des Landesvorstandes signalisierten gegenüber dem Minister ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Gestaltung einer neuen Ausbildung für die Laufbahngruppe 1.2.

Hierzu gehören sicherlich auch die Themenschwerpunkte über den Inhalt der neuen Ausbildung, aber auch, wo künftig die neuen Anwärterinnen und Anwärter ausgebildet werden sollen. Bereits jetzt stößt die Ausbildungsstätte in Bad Münstereifel an ihre Kapazitäten.

Für den Ambulanten Sozialen Dienst stellte der Kollege Peterkord die Forderung nach einem Erhalt der bestehenden Stellen im Hinblick auf die landesweit leicht rückläufigen Fallzahlen. Herr Wedel machte deutlich, dass diesem Phänomen mit der Aufhebung der Kontingentierung der Aufträge zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen begegnet werden kann. Seitens der DJG erging der Hinweis, dass die Auflösung der ungleichen Auftragszahlen von Täter-Opfer-Ausgleichen in den Bezirken ebenfalls hierzu dienen kann. Herr Biesenbach stellte eine etwaige Evaluation der Effektivität der Arbeit der Fachkräfte bzgl. der Fallbelastung in Aussicht.

Kollege David berichtete dem Minister über die Überlegungen seitens der Fachgruppe Wachtmeisterei der DJG zu einer inhaltlichen Neugestaltung der Ausbildung im Wachtmeisterbereich. Nach dem gut einstündigen Gespräch wurden weitere Gespräche mit dem Minister und dem Staatssekretär vereinbart.

Der Landesvorstand im Düsseldorfer Landtag



Zu einem ersten Gespräch mit der Rechtspolitischen Sprecherin der SPD Landtagsfraktion, Frau Kapteina, trafen sich Vertreter des Landesvorstandes der DJG in Düsseldorf.

Auf Seiten des Landesvorstandes nahmen die Kollegen Fritz, Uhlworm, Plattes und Bernig teil. Zunächst stellte Kollege Plattes Frau Kapteina die Organisation der DJG vor.

Der Landesvorstand sprach die prekäre Personalsituation in der Justizverwaltung an, vor dem Hintergrund des demographischen Wandels bahnt

sich eine Pensionswelle an. Es wurden die Themen neue Ausbildung für die Laufbahngruppe 1.2 (mittlerer Dienst) angesprochen und die damit verbundene Frage, wo die zukünftigen Anwärterinnen und Anwärter ausgebildet werden sollen. Die bisherige Ausbildungsstätte in Bad Münstereifel stößt hierbei an ihre Grenzen. Weitere Themen waren die Neuausrichtung der Ausbildung der Justizwachmeister, die Situation bzw. die weitere Zukunft der Mitarbeiter im IT-Bereich und die Barrierefreiheit mit Blick auf zukünftige Programme in der Justiz.

Zum Abschluss des Gesprächs wurden weitere Gesprächsrunden vereinbart.

Neue Entgeltordnung für die Justiz gefordert

Uns ist bekannt, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Verbesserungen in der Eingruppierung fordern.

Immer häufiger erreichen uns Anfragen oder Kritik über schlechte Eingruppierungen, gerade in den unteren Entgeltgruppen.

Die Situation ist uns als DJG bewusst. Deshalb haben wir zum wiederholten Male den Vorstoß gemacht und einen entsprechenden Antrag formuliert.

Die Berufsbilder haben sich stetig verändert, aber die Entgeltordnung jedoch nicht.

Zum Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion (DBB) im November

2017 hat die Fachgruppe Tarif auf Bundesebene, in der Kolleginnen aus NRW vertreten sind, eine Entgeltordnung erarbeitet, die alle Berufs- und Tätigkeitsbilder in der Justiz abdeckt.

Diese erarbeitete Entgeltordnung wurde von den Delegierten des Gewerkschaftstages als Arbeitsmaterial angenommen und wird nunmehr in den Verhandlungen der kommenden Einkommensrunde für den TV-L mit einfließen.

Die DJG Bund ist mit zwei Personen in der Tarifkommission des DBB vertreten und wird diese Forderung immer wieder deutlich machen.

DJG immer am Ball und nah an die Beschäftigten in der Justiz.

Ehrung verdienter Mitglieder der DJG NRW in Düsseldorf

Zu der Feierstunde fanden sich am 15. Dezember 2017 zahlreiche Jubilare mit Partnerin oder Partner, sowie Mitglieder des Landesvorstandes in der Gaststätte „Zum goldenen Ring“ in der Düsseldorfer Altstadt ein.

Der Landesvorsitzende konnte eine stattliche Anzahl verdienter Mitglieder der DJG NRW begrüßen. Da noch eine Reihe der Ehrengäste im Dienst sind, gab Kollege Plattes den Anwesenden zunächst einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in der Justizverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen. Dazu gehörte auch der Bericht über die Aktivitäten des Landesvorstandes mit Blick auf die politischen Gespräche mit den rechtspolitischen Sprechern der Fraktionen im Düsseldorfer Landtag. Hierzu gehörten aber auch die gemeinsamen Gespräche mit den Behördenleitungen im Land. Nach dem gemeinsamen Essen folgte der eigentliche Höhepunkt der Veranstaltung.

Die Ehrungen der anwesenden Jubilare. Zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum konnte der Landesvorsitzenden folgende Kolleginnen und Kollegen beglückwünschen:



Marlene Heger-Vassen, Bartel Heibey, Christel Klein, Elisabeth Tholen, Michel Franz, Angelika Bergmeier, Ulrike Degenhard, Klaus-Michael Kofferath, Maria-Christina Köhler, Gudrun Lichtenhagen, Edith Röttger, Jürgen Block, Werner Bromkamp, Ralf Brandes, Heiko Theimann, Harald Giesen und Gabriele Molitor-Müller. Zum 50-jährigen Jubiläum wurden die Kollegen Willi Frings, Wolfgang Feische und Karl-Rudolf Schillup geehrt.



Der Landesvorsitzende konnte eine ganz besondere Ehrung vornehmen.

Für ihre 60-jährige Mitgliedschaft in der DJG NRW wurden die Kollegin Ingeborg Lindenbach aus der Bezirksgruppe Hagen und der Kollege Norbert Hecker aus der Bezirksgruppe Aachen geehrt.

Nach den Ehrungen blieb noch genügend Zeit für gemeinsame Gespräche über alte Zeiten mit Blick auf die Veränderungen und Entwicklungen in der Justizverwaltung des Landes NRW.

Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen 2018

Im Oktober und November 2018 wählen die schwerbehinderten/gleichgestellten Menschen ihre örtliche Schwerbehindertenvertretung neu.

Ich, Günter Uhlworm, bin nunmehr seit fast 35 Jahre in der Schwerbehindertenvertretung aktiv. Auf örtlicher, bezirklicher und Hauptebene. Ich begleite dabei schwerbehinderte Menschen auf den unterschiedlichen Wegen vor, während und nach der Ausbildung in der Justiz.

Jeder braucht seinen Platz und verdient eine faire Chance. Menschen dabei zu begleiten, ihre Talente zu entfalten und selbstbestimmt zu leben, ist meine spannende Aufgabe, auf die ich mich täglich aufs Neue freue. Jeder Tag bringt dabei neue Herausforderungen und Aufgaben. In vielen Gesprächen mit den politischen Parteien, den Behördenleitungen und im Justizministerium versuche ich die Situation der schwerbehinderten Bediensteten zu verbessern und auf Probleme hinzuweisen um Lösungen zu suchen. Immer aktuell ist dabei die Barrierefreiheit. Barrierefreies Bauen ist seit vielen Jahren ein Thema. Zurzeit erarbeiten wir einen Leitfaden für die Justiz. Jedes Jahr werden kleine Verbesserungen erzielt. Wir können nicht alles auf einmal barrierefrei gestalten. Mit der Einführung der elektronischen Akte setze ich mich ganz besonders für die barrierefreie Software ein.

Selbstverständlich stehe ich täglich für Fragen rund um die Schwerbehinderung zur Verfügung.

Wir Schwerbehindertenvertretungen sind die kompetenten Ansprechpartner in den Dienststellen um Hilfestellung zu geben, Fragen zu beantworten, Fachstellen wie Integrationsamt und Integrationsfachdienste hinzuzuziehen.

Es gibt den schwerbehinderten Menschen Sicherheit, dass sie sich bei Fragen oder Problemen jederzeit an die Schwerbehindertenvertretung wenden können. Sie ist die erste Anlaufstelle. Hier fühlen sich Betroffene verstanden. Die Vertrauensperson weiß Bescheid über Hilfen, klärt auf über Rechte und berät in ganz persönlichen Angelegenheiten. Ihr steht als Ansprechpartner jederzeit die Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung zur Seite. Örtlichen und Bezirksschwerbehindertenvertretungen mit Rat

und Tat zur Seite zu stehen, nehme ich seit Übernahme des Amtes als Hauptschwerbehindertenvertretung sehr ernst und wichtig. Gerade sie sind es, die als erster Ansprechpartner an der Front stehen. Ihre Freistellung reicht oft nicht aus, um den umfangreichen Aufgaben gerecht zu werden und brauchen daher Unterstützung. Mit Änderung des Bundes- teilhabegesetzes wurden die Freistellungsregelungen verbessert. Zurzeit werden die Richtlinien der Landesverwaltung zum SGB IX überarbeitet. Als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Haupt- und Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden in NRW habe ich mit einigen Kolleginnen und Kollegen einen Entwurf erarbeitet und Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern geführt.

Ich hoffe in naher Zukunft, nach Abstimmung mit den Ressorts, darüber ausführlich berichten zu können.

Meine Arbeit wird durch die vielen örtlichen Schwerbehindertenvertretungen unterstützt.

Ohne die örtlichen Ansprechpartner ist es ungleich schwieriger, sich als Schwerbehinderter zu informieren, Hilfe und Unterstützung zu erhalten und seine Rechte durchzusetzen, darum ist die Wahl einer örtlichen Schwerbehindertenvertretung sehr wichtig. Jede Kandidatin und jeder Kandidat zur Wahl der Schwerbehindertenvertretung kann sich mit all seinen Fragen an mich wenden. Gerne unterstütze ich die Wahlen vor Ort.

Entscheidend für einen erfolgreichen Umgang mit dem Thema Schwerbehinderung in den Dienststellen ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, von der letztlich alle in der Dienststelle profitieren: Arbeitgeber, schwerbehinderte Mitarbeiter und Mitarbeiter ohne Behinderung.

Darum bitte ich alle Behördenleitungen und Verwaltungen, die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen zu unterstützen.

Günter Uhlworm,
Hauptvertrauensperson

Der Landesvorstand im Gespräch mit der Präsidentin des Landesarbeitsgerichts in Düsseldorf

An dem Gespräch mit der Präsidentin des Landesarbeitsgerichts, Frau Göttling, nahmen auf Seiten des Landesvorstandes die Kollegin Altmann sowie die Kollegen Eimers, David, Uhlworm und Plattes teil. Zu Beginn des Gesprächs tauschten sich beide Seiten über die Situation in der Justizverwaltung und insbesondere bei den Fachgerichten aus.

Einhellige Meinung bestand darin, dass die Personalsituation in der Justizverwaltung beängstigende Formen annimmt. Die prekäre Situation spiegelt sich bei den Krankenständen wieder. Vertretungen bzw. Sondervertretungen sind an der Tagesordnung. Frau Göttling machte auch auf die vermehrten, durchaus sinnvollen Schulungsangebote für die Bediensteten aufmerksam. Diese sind wegen der immer mehr ansteigenden Anforderungen an die Mitarbeiter erforderlich, würden aber auch hier zusätzliche Vertretungen erfordern.

Die Anwesenden begrüßten die Bemühungen des Ministeriums der Justiz zur Neuorientierung der Ausbildung zur Laufbahngruppe 1.2 (mittlerer Justizdienst).

Hierdurch wird die Attraktivität für eine Ausbildung bei der Justizverwaltung für Jugendliche gesteigert. Weitere Themen waren die Situation im IT Bereich mit Blick auf die zukünftige Betreuung der Mitarbeiter, die Wachtmeisterausbildung und die Barrierefreiheit bei den Gerichten und Staatsanwaltschaft.



Eimers, Uhlworm, Plattes, Präsidentin Frau Göttling, David, Altmann

Arbeitsgemeinschaft Justiz (AGJ) NRW im Gespräch mit der FDP - Landtagsfraktion

Zu einem ausführlichen Gespräch mit dem rechtspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, MdL Christian Mangen, trafen sich die Vertreter der AG Justiz im DBB NRW, am 23. Januar 2018 im NRW Landtag. Im Wesentlichen ging es bei diesem Gespräch um die aktuelle Lage der Justiz in NRW sowie um die Zukunftsperspektiven der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zeitalter der sich anbahnenden Digitalisierung. In diesem Zusammenhang wurde auch das Thesenpapier zum Strukturwandel der Ausbildung in der NRW Justiz überreicht und andiskutiert. Unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels ist es für die Landesjustizverwaltung unerlässlich, eine proaktive Werbekampagne für alle Berufszweige der NRW Justiz in den weiterführenden Schulen und Universitäten zu starten. Die Berufsbilder müssen bekannt gemacht werden und durch Öffentlichkeitsmitarbeiter/-innen, dort wo es gilt den

Nachwuchs abzuholen, mit diesem diskutiert werden.



Teilnehmer v.l.n.r. Frank Neuhaus (DGVB), Heinz Köllmann (DAAV), Thomas Zenke (DSTG-Finanzgerichte), Patrick Kokemor (BDR), Christian Mangen (MdL), Wolfgang Römer (AGJ/BSBD), Stephan Emmeler (AGJ/BDR), Klaus Plattes (DJG) Rainer van Wickeren (DAAV)

Der Landesvorstand im Gespräch mit der Generalstaatsanwältin in Hamm



Laudage, Plattes, Stielow, Frau Hermes, Fritz, Herr Spitzenberg, Herr Brandkamps, Frau Feld

Zu einem ersten Besuch bei der Generalstaatsanwältin, Frau Hermes, trafen sich Vertreter des Landesvorstandes in Hamm. Auf Seiten der Generalstaatsanwaltschaft nahmen außer Frau Hermes noch ihre Vertreterin, Frau Leitende

Oberstaatsanwältin Feld, sowie Herr Regierungsdirektor Spitzenberg und Herr Oberregierungsrat Brandkamp teil. Die DJG wurde durch die Kollegen Laudage, Stielow, Fritz und Plattes vertreten.

Zunächst stellte der Landesvorsitzende, Kollege Plattes, die DJG als größte Fachgewerkschaft in der Justiz mit ihrer Struktur und seinen Aufgabengebieten vor. In dem gut einstündigen Gespräch wurde die

Belastungssituation bei den Staatsanwaltschaften im Hammer Bezirk thematisiert. Beide Seiten waren sich einig, dass es unbedingt notwendig sei, neues Personal einzustellen. Dazu gehören auch attraktive Ausbildungsangebote in der Justizverwaltung. Gerade für den Bereich der Ausbildung zum Justizfachangestellten bzw. der Laufbahngruppe 1.2 (mittlerer Justizdienst) ist dringender Handlungsbedarf. Hier ist das Konzept des Justizministeriums der Justiz zur Neuorientierung einer Ausbildung für die Laufbahngruppe 1.2 ein gutes Signal zur Findung von Jugendlichen für eine entsprechende Ausbildung bei der Justizverwaltung. Beide Seiten waren sich darüber einig, dass dies ein erster wichtiger Schritt in die richtige ist.

Weitere Themen des Gesprächs waren die Ausbildung der Justizwachtmeister sowie die Fortentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs/elektronischer Akte und die zukünftige IT-Betreuung.

Besuch bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf

Zu einem gemeinsamen Meinungsaustausch trafen sich Vertreter des Landesvorstandes der DJG bei der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf.

Auf Seiten der DJG nahmen die Kollegen Uhlworm, Schiffer und Plattes, sowie Herr Generalstaatsanwalt Brachthäuser, Herr Leitender Oberstaatsanwalt Dr. Kreuels und Herr Regierungsdirektor Beuter teil.

Im Mittelpunkt des gut einstündigen Gesprächs stand die Personalsituation in der Justizverwaltung des Landes. Die Vertreter der DJG erläuterten die vom Ministerium der Justiz geplante Neuorientierung zur Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 (mittlerer Justizdienst). Geplant ist der Zugang für Schülerinnen und Schüler zu einer 2-jährigen Ausbildung zur/m Justizfachwirt/in. Wie die zukünftige Ausbildung inhaltlich aussehen soll, wird zur Zeit federführend durch das Ministerium der Justiz in einer Arbeitsgruppe erarbeitet.

Wichtig hierbei erschien Herrn Brachthäuser, dass die jeweiligen Ausbildungsabschnitte bei den Staatsanwaltschaften länger als bisher dauern sollten. Hierdurch bekämen die Anwärter bzw. Auszubildenden einen tieferen Einblick in die Arbeitsabläufe auf den Geschäftsstellen und insgesamt bei den Staatsanwaltschaften.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurden auch die Themen elektronischer Rechtsverkehr/elektronische Akte, sowie die zukünftige IT-Betreuung der Anwender angesprochen.



Das Team Jugend – Erfolgreiche Tagung in Königswinter

Am Montag, dem 05.03.2018, traf sich das Team Jugend zu einer Veranstaltung im DBB-Forum in Königswinter-Thomasberg. An dieser Tagung haben 16 junge und ausgesprochen engagierte Mitglieder der Deutschen Justiz-Jugend NRW teilgenommen, um sich über einige interessante Themen auszutauschen.

Die Veranstaltung begann mit einer kurzen Vorstellungsrunde, worauf der Tätigkeitsbericht der Bundesjugendleitung durch die Vorsitzende Julia Konrad folgte, die auch die restliche Veranstaltung gemeinsam mit dem Leiter der Veranstaltung David Felsner begleitet hat. Als nächstes wurde der Tätigkeitsbericht der Landesjugendleitung NRW von David Felsner vorgetragen.

Im Fokus der Tagung stand das Ausarbeiten eines Flyers, mit dessen Hilfe das Team Jugend in Schulen und auf Berufsbildungsmessen für die Ausbildung zum/zur Justizfachangestellten werben will. Dazu wurden vier kleinere Arbeitskreise gebildet und ein bereits vorhandener, veralteter Flyer wurde grundlegend überarbeitet. Nach einiger Zeit und viel Fleiß der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden die Ideen schließlich an einem Flipchart zusammengetragen und diskutiert. Nachdem alle mit dem Gesamtergebnis einverstanden waren, konnte zu Abend gegessen werden. Danach traf sich das Team Jugend bei ein paar kühlen Getränken auf der hauseigenen Kegelbahn, um den Tag ausklingen zu lassen.

Am nächsten Morgen machte sich das Gremium Gedanken über ein passendes Werbemittel für die im Jahr 2019 anstehenden JAV-Wahlen und einem entsprechenden Werbeslogan. Auch hier kamen einige tolle Ideen zusammen, die demnächst dem Landesvorstand vorgestellt werden. Anschließend fand noch eine Führung durch das Haus der Geschichte in Bonn statt. Dies war besonders spannend, da die jungen Teilnehmer/innen die Geschichte Deutschlands ab der Nachkriegszeit hautnah erleben konnten.

An dieser Stelle möchte sich die Landesjugendleitung NRW bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die tolle Mitarbeit und das hohe Engagement bedanken. Die Veranstaltung wird schon bald wiederholt werden, wodurch auch ein reger Austausch der Jugend zwischen den Gerichten gewährleistet sein soll.
David Felsner



Kleve on Tour



Die Weihnachts- und Abschlussfeier der Klever Auszubildenden begann mit einem Besuch in den „Escape Rooms“ in Kleve.

Gruppen lassen sich zum Spaß einsperren und versuchen selber durch Lösungen die Räume wieder zu verlassen.

Dieses ist aber nur unter dem Motto „Teamwork fügt es zusammen“ zu erreichen. Nach dem anstrengenden Parcours endete der Abend in einem Mexikanischen Restaurant. Ein Dank gilt dem Landesvorstand für die großzügige Unterstützung.

Willy Fischer

Bezirksgruppenvorsitzender

Aus dem Fachbereich Wachtmeisterdienst

Vom 15. – 16.02.2018 traf sich die Fachgruppe Justizwachtmeister zu ihrer Sitzung in diesem Jahr am Thomasberg im dbb Forum Siebengebirge.

Wir konnten neue und alte Interessierte begrüßen, so dass es mal wieder frischen Wind gab.

Zur Einleitung gab Marko David, stellvertretender Landesvorsitzender der DJG, einen Tätigkeitsbericht der Vorstandsarbeit ab.

Schwerpunkt der Fachgruppensitzung war diesmal der anstehende Gewerkschaftstag am 12. und 13. September am gleichen Ort.

Die Fachgruppe wählte Burkhard Platt, Oberlandesgericht Düsseldorf wieder zum Fachgruppenvorsitzenden und bittet den Landesvorstand, ihn auf dem Gewerkschaftstag vorzuschlagen.

Zur Stellvertreterin wurde Karin Collenberg vom Landgericht Mönchengladbach gewählt.

Die Anträge für den Gewerkschaftstag wurden besprochen und werden an den Landesvorstand weitergegeben.

Wie immer waren Dienstkleidung, Ausrüstung und die Fremd – Eigensicherung Themen der Fachgruppensitzung.

Das Ausbildungskonzept der Fachgruppe für eine neue Ausbildung (2 Jahre) ist auf einem guten Weg. Erste Änderungen in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Justizwachtmeister wurden mit dem Ministerium besprochen und einzelne Verbesserungen bzw. Änderungen noch mit eingebracht.

Wir wünschen uns, dass das Konzept in den nächsten Jahren zum Greifen kommt.

Unsere Broschüren werden mal wieder überarbeitet und auf den neusten Stand gebracht. Diese können dann über den Landesvorstand bestellt werden. Den genauen Termin gibt der Landesvorstand bekannt.

Als sehr positiv wurde der dbb Imagefilm „Menschen für Menschen“ aufgenommen. Die Kollegen der Fachgruppe, die am Dreh des Films teilgenommen haben, berichteten von den Dreharbeiten und dem dbb Gewerkschaftstag in Berlin.



Ich möchte mich bei allen Fachgruppenmitgliedern für Ihr entgegengebrachtes Vertrauen bedanken und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit euch.

Burkhard Platt
Fachbereichsvorsitzender

Verstorben sind die Kolleginnen und Kollegen:

Mareike Rellermeier, Bezirksgruppe Münster - **Günter Schlimm**, Bezirksgruppe Düsseldorf

Wilfried Langheinrich, Bezirksgruppe Wuppertal - **Ursula Bräu**, Bezirksgruppe Arnshausen

Marita Eichstädt, Bezirksgruppe Aachen - **Theo Dobers**, Bezirksgruppe Aachen

Wir verlieren mit den Verstorbenen treue Mitglieder; ihnen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landes- und Hauptvorstand



Die Johannes-Albers-Bildungsforum gGmbH lädt ein

Wir bieten politische Fort- und Weiterbildung für engagierte Menschen aus christlich-sozialer Verantwortung an. Weitere Infos zu den Seminaren im Internet unter www.azk.de oder telefonisch 02223 – 73 119 (Regina Ochs) bzw. 02223 – 73 117 (Uta Kowalski)

„Politische Bildung bringt auf Augenhöhe!“ –Aktuelles aus unseren Bildungsprogramm 2018

Informationstag zu Blended Learning: „Blended Learning im öffentlichen Dienst“ 20.04.2018	kostenfrei
Seniorenkolleg: Muslime - fremde, nahe Nachbar 03.-04.05.2018	Tagungsbeitrag: 60,00 €
Steuern - gerecht und fair für alle? 04.-06.05.2018	Tagungsbeitrag: 140,00 €
Demokratische Anfänge: Weimar 1919 und Bonn 1945 07.-09.05.2018	Tagungsbeitrag: 140,00 €
Soziale Ungleichheit und Armut - Sozialstaat in der Krise? Seminar in Steinbach/Taunus 14.-18.05.2018	Tagungsbeitrag: 300,00 €
Rußland und der Westen: Partnerschaft oder kalter Krieg? 16.-18.05.2018	Tagungsbeitrag: 140,00 €
Armut in Deutschland: Arm sein in einem reichen Land 28.-30.05.2018	Tagungsbeitrag: 140,00 €
Modernes Vereinsmanagement - Praxisseminar für Vorstände 28.-30.05.2018	Tagungsbeitrag: 140,00 €
Köln, eine europäische Metropole 04.-08.06.2018	Tagungsbeitrag: 200,00 €

Senioren in Europa – Seminar mit Tagesexkursion nach Brüssel 11.-15.06.2018	Tagungsbeitrag: 235,00 €
Seniorenkolleg: Kultur und Theater in Deutschland 14.-15.06.2018	Tagungsbeitrag: 60,00 €
Heidelberg - eine Stadt erzählt Geschichte 18.-20.06.2018	Tagungsbeitrag: 200,00 €
Gewalt in unserer Gesellschaft – Ursachen, Fakten und Prävention 22.-24.06.2018	Tagungsbeitrag: 140,00 €
München - eine politische Zeitreise 25.-27.06.2018	Tagungsbeitrag: 250,00 €
Generationengerechtigkeit: Was die Politik jetzt tun muss! 25.-29.06.2018	Tagungsbeitrag: 200,00 €
Besteuerung der Alterseinkünfte 29.-30.06.2018	Tagungsbeitrag: 60,00 €

Im Tagungsbeitrag sind enthalten:
Übernachtung im Doppelzimmer, Vollverpflegung, Lehrmaterialien. Der EZ-Zuschlag beträgt 16,00 Euro pro Nacht.
ALG-II-Empfänger, Auszubildende und Studenten (bis 30 Jahre) erhalten bei allen Seminaren einen Rabatt von 50 % auf die Tagungsbeitrag

Seminare für Personalräte	
Protokoll- und Schriftführung – Niederschriften schnell und rechtssicher dokumentieren 11.-13.06.2018	Tagungsbeitrag: 380,- €
Mediation als Mittel zur Konfliktlösung - Konfliktlösungsstrategien entwickeln 11.-15.06.2018	Tagungsbeitrag: 636,- €
PR II – Sicherung der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte des Personalrats 25.-29.06.2018	Tagungsbeitrag: 636,- €
Verhandlungsführung – souverän und sicher in Verhandlungen 16.-18.07.2018	Tagungsbeitrag: 380,- €
Gesprächsführung – selbstsicher reden 18.-20.07.2018	Tagungsbeitrag: 380,- €
Gesundheitsmanagement und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz - Handlungsmöglichkeiten für Arbeitnehmervertretungen 03.-05.09.2018	Tagungsbeitrag: 380,- €

Hinweis: Zu den Tagungsbeiträgen kommen noch Übernachtungs- und Verpflegungskosten hinzu. Hinweise zu Rabattierungen entnehmen Sie den Hinweisen auf unserer Homepage

Schulungstermine der DJG im Arbeitnehmer-Zentrum-Königswinter 2018

14.-16.05.2018	Tarif-TV-L
13.-15.06.2018	Gesprächsführung, Kommunikation

20.-22.06.2018	Mobbing und Sucht
05.-07.11.2018	Unfallschutz, Arbeitsstättenverordnung
03.-05.12.2018	Beruf, Pflege und Familie
05.-06.12.2018	Schwerbehindertenvertretung, Rente und Pflege

Schulungen der DJG im Arbeitnehmer-Zentrum-Königswinter

Im Januar dieses Jahres trafen sich vor allem die neu gewählten Mitglieder der ITD Personalräte zu einem Aufbau-seminar in Königswinter. An dem Seminar nahmen weiterhin auch interessierte Mitglieder aus den übrigen Personalräten im Land teil. Mit den Teilnehmern wurden die Beteiligungsrechte aus dem Landespersonalvertretungsgesetz NRW intensiv besprochen, insbesondere die praktische Anwendung vor Ort.

Weitere Themen des Seminars waren der Abschluss von Dienstvereinbarungen, die sogenannte prozessbegleitende Mitbestimmung und die praktische Ausführung des Initiativrechts. Einen großen Rahmen nahmen auch die Gespräche außerhalb des Seminarbetriebs ein.



Zu dem Thema „Redegewand Verhandlungen führen“ fand im Februar dieses Jahres eine weitere Schulungsveranstaltung der DJG im Arbeitnehmer-Zentrum-Königswinter statt.

Für das Seminar konnte wiederum Kollege Peter Rufer als Referent gewonnen werden.

Den angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden in den zweieinhalb Tagen des Seminars Vertiefungen der Rhetorik, Improvisationstechniken und der Aufbau einer Gesprächskultur an Hand von Einzel- und Gruppenarbeit, bis hin zur Videoaufzeichnung zur Selbst- und Gruppenreflexion aufgezeigt. Für sämtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer verging die Zeit des Seminars wie im Fluge.





Vorteile als Mitglied der Deutschen Justiz-Gewerkschaft

Liebe Azubis, liebe Kolleginnen und Kollegen,
warum solltet ihr Mitglied der DJG werden?

Was springt für euch dabei heraus?

Wir sagen's euch!



Hallo, mein Name ist Lisa!
Ich bin Mitglied bei der Deutschen Justiz-Gewerkschaft.
Während meiner Ausbildung zahle ich 5,50 Euro pro Monat.
Durch die Mitgliedschaft habe ich viele Vorteile! Neben den Leistungen wie Interessenvertretung und Unterstützung, gibt es viele Weitere.

Einen Vorteil möchte ich euch hier vorstellen:
die **dbb VorteilsWelt**

Bei meiner neuen Winterjacke von Adidas habe ich richtig gespart! Die Jacke kostete 119,95 Euro. Der dbb VorteilsWelt Rabatt betrug 20 %. Somit hatte ich ein Ersparnis von 23,99 Euro. Selbst der Kinobesuch mit meinen Freundinnen im Cinemaxx ist nun um einiges günstiger.

Meinen Mitgliedsbeitrag bei der DJG habe ich am Ende des Jahres durch die Ersparnisse bei der dbb VorteilsWelt schnell wieder raus.

Weitere Informationen findet ihr unter www.djg-nrw.de